

KONZEPT FÜR EINEN PARTNERSCHAFTSVERTRAG

RECHTSANWALT UND NOTAR PROF. DR. LUTZ WEIPERT, BREMEN · MITGLIED DES BERUFSRECHTSAUSSCHUSSES DES DEUTSCHEN ANWALTVEREINS, VORMALS ZUDEM VORSITZENDER DES SOZIELÄTSRECHTSAUSSCHUSSES DES DEUTSCHEN ANWALTVEREINS

Die Partnerschaftsgesellschaft (Partnerschaft) ist eine sich von den Handelsgesellschaften einerseits und der Gesellschaft bürgerlichen Rechts andererseits unterscheidende Form der Personengesellschaft. Sie wurde durch das Gesetz über Partnerschaftsgesellschaften Angehöriger Freier Berufe (PartGG) vom 25.07.1994 geschaffen. In der Regel entsteht die Partnerschaft aus einer schon vorhandenen Sozietät, also einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts. Sowohl die erstmalige Gesellschaftsbildung (Gründung) als auch die formwechselnde Umwandlung einer schon bestehenden Sozietät in eine Partnerschaft setzen voraus, dass alle Mitglieder der Partnerschaft bzw. der Sozietät, aus der sie entstehen soll, einen schriftlichen Partnerschaftsvertrag abschließen, in dem sie den Namen der Partnerschaft und ihren Sitz, den Gegenstand der Partnerschaft und den vollen Namen eines jeden ihrer Mitglieder unter Angabe des jeweils ausgeübten Berufs und des Wohnorts jedes Partners bezeichnen (§ 3 PartGG). Der Name der Partnerschaft muss den Namen mindestens eines Partners, den Zusatz „und Partner“ oder „Partnerschaft“ sowie die Berufsbezeichnung aller in der Partnerschaft vertretenen Berufe enthalten (§ 2 Abs. 1 PartGG). Die Partnerschaft ist unter Bekanntgabe der Mindestanforderungen des Partnerschaftsvertrages von allen Partnern zur Eintragung in das Partnerschaftsregister anzumelden. In das Partnerschaftsregister werden die Mindestangaben des Partnerschaftsvertrages gem. § 3 Abs. 2 PartGG eingetragen. Im Verhältnis zu Dritten wird die Partnerschaft erst mit ihrer Eintragung in das Partnerschaftsregister wirksam (§ 7 Abs. 1 PartGG - § 123 Abs. 2 HGB findet keine Anwendung).

Sollen einzelne Partner bei Gründung der Partnerschaft ihnen bisher allein zustehende Vermögensgegenstände in die Partnerschaft einbringen, so gelten für die dazu erforderlichen Übertragungsakte die allgemeinen Vorschriften. Die Partnerschaft als solche ist in der Lage, unter ihrem Namen Rechte zu erwerben, Verbindlichkeiten einzugehen und vor Gericht zu klagen und verklagt zu werden; sie ist grundbuchfähig (§ 7 Abs. 2 PartGG i.V.m. § 124 HGB). Einzubringende Grundstücke müssen an die Partnerschaft aufgelassen werden. Entsteht die Partnerschaft durch formwechselnde Umwandlung aus einer Sozietät, so bleibt sie als Rechtsträger des gemeinschaftlichen Vermögens und als Haftungsadressat identisch mit der Sozietät, aus der sie hervorgegangen ist. Das gilt auch für Grundstücke, als deren Eigentümer bis zur Umwandlung die Sozietät in das Grundbuch eingetragen war; das Grundbuch ist zu berichtigen.

Die Motive für die Wahl der Partnerschaft als Rechtsform für die gemeinschaftliche Berufsausübung mögen unterschiedlich sein; häufig geht es der Sozietät, aus der die Partnerschaft hervorgeht nur darum, ihre bisherige firmenähnliche Bezeichnung unter Verwendung des Zusatzes „und Partner“ beibehalten zu dürfen (§ 2 Abs. 2 PartGG i.V.m. § 24 HGB, § 11 PartGG). Wenn dies das einzige Motiv für die formwechselnde Umwandlung einer Sozietät in die Partnerschaft ist, können die Partner das für die Part-

DIE EIGENE KANZLEI -> KONZEPT FÜR EINEN PARTNERSCHAFTSVERTRAG

nerschaft sonst typische Haftungskonzentrationsmodell (§ 8 PartGG) abbedingen. Dieses Haftungskonzentrationsmodell bildet aber im Übrigen das gravierendste Unterscheidungsmerkmal zwischen der Partnerschaft und allen anderen Personengesellschaften: Es beseitigt das allen Personengesellschaften eigene Solidarhaftungsprinzip der Mitglieder, indem es die Außenhaftung auf die Partnerschaft als solche sowie auf den jeweils nach außen tätig werdenden Partner konzentriert und den gesamtschuldnerischen Haftungsverbund aller Partner aufhebt. Das ist ein sehr schwerwiegender Eingriff in das vertraute Denken innerhalb der Anwaltssozietät. Das den Kapitalgesellschaften eigene Trennungsprinzip (ab dem Zeitpunkt ihrer Entstehung haftet nur noch die Kapitalgesellschaft für die Gesellschaftsschulden) findet sich hierin nur zum Teil wieder, weil neben der Partnerschaft auch der handelnde Partner haftet; und das den Personengesellschaften eigene Solidarhaftungsprinzip (unbeschränkte gesamtschuldnerische Haftung der Gesellschafter) wird insofern beseitigt, als nur noch der handelnde Partner haftet, während die übrigen Partner schlimmstenfalls den Wert ihrer gesamthänderischen Beteiligung am Partnerschaftsvermögen einbüßen können. Das Haftungskonzentrationsprinzip wirkt sich regelmäßig gerade bei den leistungsstärksten Partnern als besonders belastend aus, weil in der Regel die ertragreichste Tätigkeit mit dem höchsten Risiko verbunden ist. Bei der Entscheidung für die Partnerschaft als Rechtsform der gemeinschaftlichen Berufsausübung möge auch diese Konsequenz sorgsam bedacht werden.

(Wenn nachstehend aus sprach- und drucktechnischen Gründen die Ausdrücke „Partner“ bzw. „Witwe“ benutzt werden, ist selbstverständlich, dass darunter auch die Partnerin bzw. der Witwer verstanden werden).

Präambel

Die in _____ als Gesellschaft des bürgerlichen Rechts bestehende Sozietät der Rechtsanwälte _____ (Namen der Sozien) hat ihre Umwandlung in eine Partnerschaftsgesellschaft (Partnerschaft) nach Maßgabe des PartGG vom 25.07.1994 beschlossen und die Eintragung dieser Partnerschaft in das Partnerschaftsregister beantragt. Für die mit der Eintragung der Partnerschaft in das Partnerschaftsregister entstehende Partnerschaft wird vereinbart:

§ 1

Name und Zusammensetzung der Partnerschaft

- (1) Die Partnerschaft führt den Namen „Meier, Müller, Lehmann, Partnerschaft von Rechtsanwälten“.¹⁾
- (2) Partner, deren Namen im Namen der Partnerschaft enthalten sind und die durch Tod oder Aufgabe des Berufs aus der Partnerschaft ausscheiden, gestatten allen

1) Der Name der Partnerschaft muss den Familiennamen mindestens eines Partners, den Zusatz „und Partner“ oder „Partnerschaft“ sowie die Berufsbezeichnung aller in der Partnerschaft vertretenen Berufe enthalten. Benutzt die Partnerschaft neben ihrem Namen außerdem Hinweise auf die Namen ihrer Mitglieder, dann müssen die Namen der Mitglieder (Partner) vollständig und richtig bezeichnet werden. Wenn außerdem Nicht-Partner aufgeführt werden, muss dies auf geeignete Weise kenntlich gemacht werden.

KONZEPT FÜR EINEN PARTNERSCHAFTSVERTRAG <- DIE EIGENE KANZLEI

heutigen und zukünftigen Partnern, ihren Namen im Namen der Partnerschaft beizubehalten, soweit dem nicht im Einzelfall ein wichtiger Grund entgegensteht.²⁾ Dies gilt unbeschadet einer Änderung des Namens der Partnerschaft im Übrigen und auch für den Fall, dass Angehörige anderer freier Berufe als Partner in die Partnerschaft eintreten.

- (3) Partner können nur zugelassene Rechtsanwälte sein. Die Aufnahme von Angehörigen anderer freier Berufe ist nur mit Zustimmung aller Partner möglich. Verheiratete können nur Partner werden, wenn sie für ihre Ehe eine Vereinbarung getroffen haben, welche sicherstellt, dass die Beteiligung an der Partnerschaft im Falle einer Scheidung der Ehe nicht in die Berechnung eines etwa in Betracht kommenden Zugewinnausgleichs einbezogen wird und ferner, dass die Beteiligung an der Partnerschaft nicht Gegenstand von Auskunftsansprüchen des anderen Ehegatten sein kann. Für den Fall der Verheiratung eines Partners nach seiner Aufnahme in die Partnerschaft gilt § 14 Abs. 2.

§ 2

Gegenstand der Partnerschaft

- (1) Gegenstand der Partnerschaft ist die gemeinschaftliche Ausübung des Rechtsanwaltsberufs. Soweit Partner aus Rechtsgründen daran gehindert sind, ein Amt als Notar, Schiedsrichter, Mitglied von Aufsichts- oder Beiräten, als Nachlassverwalter, Testamentsvollstrecker, Sequester oder Insolvenzverwalter im Namen der Partnerschaft auszuüben, handeln sie für Rechnung der Partnerschaft und auf deren Kosten.
- (2) Die Partner verpflichten sich gegenseitig, ihre ganze Arbeitskraft der Partnerschaft zu widmen und die dieser übertragenen Mandate mit der erforderlichen Sorgfalt zu bearbeiten.
- (3) Wissenschaftliche Tätigkeit einschließlich Lehrtätigkeit, Tätigkeit in berufsständischen Organisationen und in der berufsständischen Selbstverwaltung sowie politische und ehrenamtliche richterliche Tätigkeit sind zulässig, sofern sie ein angemessenes Maß nicht überschreiten.
- (4) Vorbehaltlich der übrigen Bestimmungen dieses Absatzes ist jeder Partner berechtigt, über die Annahme und Ablehnung von Mandaten sowie über deren Abwicklung im weitesten Sinne allein zu entscheiden. Bei der Annahme von Mandaten hat jedoch jeder Partner auf das Berufsrecht, insbesondere auf mögliche Interessenkonflikte mit anderen Auftraggebern der Partnerschaft, aber auch auf etwaige in der Partnerschaft beschlossene Grundsätze über die Mandatsübernahme und sonstige Belange der Partner Bedacht zu nehmen. Im Zweifel ist eine Abstimmung mit den übrigen Partnern über die Annahme oder Ablehnung eines Mandates herbeizuführen. Lassen sich hierbei Zweifel nicht ausräumen oder widerspricht auch nur einer der übrigen Partner, so ist das Mandat abzulehnen.

²⁾ Vgl. hierzu auch die Regelung in § 14 Abs. 1 Sätze 2 und 3.

DIE EIGENE KANZLEI -> KONZEPT FÜR EINEN PARTNERSCHAFTSVERTRAG

- (5) Alle Mandate werden für die Partnerschaft übernommen. Dies gilt nicht für Mandate, die von einem Partner nur persönlich wahrgenommen werden dürfen (z. B. als Notar, Schiedsrichter, Testamentsvollstrecker, Insolvenzverwalter), sowie für Aufträge in Straf- und Bußgeldverfahren.
- (6) Alle Partner haben sich gegenseitig fortlaufend über alle neuen Mandate (Mandanten) und alle für die Partnerschaft wichtigen Vorgänge zu unterrichten.
- (7) Jeder Partner kann in die Buchhaltung und deren Unterlagen sowie in die von der Partnerschaft oder den einzelnen Partnern geführten Akten Einsicht nehmen, soweit nicht der Mandant im Einzelfall aus besonderen und anzuerkennenden Gründen verlangt hat, dass eine bestimmte Akte für eine von ihm bestimmte Zeit nur dem die Sache bearbeitenden Partner zugänglich sein soll.³⁾

§ 3

Geschäftsführung und Vertretung in der Partnerschaft außerhalb der Berufsausübung

- (1) Die Bestimmungen dieses Paragraphen gelten nur für diejenigen Geschäfte und geschäftsähnlichen Handlungen, die nicht unmittelbar die Berufsausübung oder Amtstätigkeit betreffen („sonstige Geschäfte“ im Sinne von § 6 Abs. 2 PartGG).
- (2) Wird der beabsichtigten Geschäftsführungsmaßnahme eines Partners durch einen oder mehrere andere Partner widersprochen, so entscheidet die Partnerschaft durch Mehrheitsbeschluss darüber, ob und mit welchen Maßgaben das beabsichtigte Geschäft durchgeführt werden soll. Bestehen Zweifel, ob ein beabsichtigtes Geschäft die Billigung aller Partner findet, so ist die beabsichtigte Geschäftsführungsmaßnahme allen anderen Partnern bekanntzumachen, bevor sie ausgeführt wird.
- (3) Die Partnerschaft kann durch Mehrheit beschließen, dass bestimmte Arten von Geschäften oder einzelne Geschäfte nur von bestimmten Partnern oder nur dann ausgeführt werden dürfen, wenn bestimmte Partner ihnen zustimmen.
- (4) Bei der Abgabe rechtsgeschäftlicher Erklärungen wird die Partnerschaft von zwei Partnern gemeinschaftlich vertreten.⁴⁾
- (5) In Hinsicht auf die Führung der sonstigen Geschäfte und die Vertretung der Partnerschaft bei diesen,⁵⁾ können einzelne Partner durch Beschluss der Partnerschaft, der mit einer Mehrheit von _____ der Stimmen zu Stande kommt, von der Geschäftsführung und Vertretung der Partnerschaft ausgeschlossen werden.

3) Bei Partnerschaften mit Mitgliedern anderer freier Berufe (Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Patentanwälte, Notare) können Sonderregelungen hinsichtlich der Einsicht in Akten erforderlich sein.

4) Für den Fall, dass der Partnerschaftsvertrag keine Regelung enthält, gilt die gesetzliche Regelung (§ 7 Abs. 2 PartGG, § 125 Abs. 1 HGB), wonach jeder Partner ermächtigt ist, die Partnerschaft einzeln zu vertreten.

5) Gemeint sind alle Geschäfte, die nicht unmittelbar mit der Mandatsausführung zusammenhängen; in Hinsicht auf die letzteren ist keine Einschränkung der Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis zulässig (§ 6 Abs. 2 PartGG).

KONZEPT FÜR EINEN PARTNERSCHAFTSVERTRAG <- DIE EIGENE KANZLEI

§ 4

Beschlussfassung in der Partnerschaft

- (1) Für alle Beschlüsse über grundsätzliche oder besonders wichtige Fragen, wie z. B. Ziele und Struktur der Partnerschaft, Eingehen von Kooperationsverhältnissen, Eröffnung weiterer Büros, Einstellung von anwaltlichen Mitarbeitern,⁶⁾ Abschluss eines Mietvertrages über die gemeinsamen Büroräume, Einstellung eines Bürovorstehers, Käufe oder Leasing von technischen Anlagen im Wert von mehr als Euro _____, ist Zustimmung aller Partner erforderlich, sofern nicht in diesem Vertrag etwas anderes bestimmt ist. Gleiches gilt für Beschlüsse der Partnerschaft über die Zuweisung bestimmter Aufgaben zur alleinigen Entscheidung durch einen einzelnen oder mehrere Partner (Partnerschaftsausschuss).
- (2) Soweit solche Aufgaben nicht einem Partner oder einem Partnerschaftsausschuss zur alleinigen Entscheidung zugewiesen wurden (vgl. Abs. 1 Satz 2 dieses Paragraphen), werden Beschlüsse betreffend die Erledigung laufender Arbeiten und Geschäfte, wie z. B. die Anschaffung von Büromaterialien unterhalb der im vorstehenden Absatz genannten Grenze, von Büchern und Zeitschriften, technischen Geräten, die Einstellung von nicht juristischen Mitarbeitern, mit Ausnahme eines Bürovorstehers, mit der Mehrheit der Stimmen der Partner gefasst.
- (3) Soweit dieser Vertrag nichts Abweichendes vorsieht, sind Änderungen des Partnerschaftsvertrages insbesondere durch Aufnahme neuer Partner oder Änderung der Regelung über die Überschussverteilung nur mit Zustimmung aller Partner möglich.⁷⁾
- (4) Sofern nicht alle Partner mit einer abweichenden Form der Beschlussfassung einverstanden sind, werden die Beschlüsse der Partnerschaft in Partnerschaftsversammlungen gefasst werden. Partnerschaftsversammlungen können von jeweils zwei Partnern schriftlich bei gleichzeitiger Angabe der Tagesordnung unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen einberufen werden. Sie sind beschlussfähig, wenn wenigstens _____ aller Partner anwesend oder vertreten sind. Wenn es daran fehlt, kann unter Einhaltung derselben Frist auf die gleiche Weise eine weitere Partnerschaftsversammlung einberufen werden, die sodann – ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden oder vertretenen Partner – beschlussfähig ist, sofern darauf in der ersten Einladung hingewiesen wurde. Auf jeden Partner entfällt eine Stimme. Jeder Partner kann sich durch einen anderen Partner vertreten lassen.

§ 5

Vermögen der Partnerschaft

- (1) Alle der gemeinschaftlichen Berufsausübung der Partner dienenden Gegenstände werden und bleiben Vermögen der Partnerschaft. Ausgenommen davon sind dieje-
- (2) Anwaltliche Mitarbeiter, die weisungsgebunden sind und eine bestimmte Arbeitszeit einzuhalten haben, sind als Angestellte einzustufen, mit der Folge, dass Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge abzuführen sind. Zuwiderhandlungen könnten im Einzelfall strafbar sein.
- (7) Für sehr große Partnerschaften kann es sich empfehlen, das Quorum für die Aufnahme neuer Partner auf 75 % der Stimmen festzusetzen.

DIE EIGENE KANZLEI -> KONZEPT FÜR EINEN PARTNERSCHAFTSVERTRAG

nigen Gegenstände, die nicht der technischen Einrichtung des Büros dienen und die ein Partner aus eigenen Mitteln angeschafft und beim Verbringen in die Büroräume als in seinem Eigentum verbleibend bezeichnet hat.⁸⁾

- (2) Die Partnerschaft stellt jedem Partner die Einrichtung und Ausstattung für sein Arbeitszimmer in den gemeinsam unterhaltenen Büroräumen sowie auf sein Verlangen einen Pkw zur Verfügung. Die Betriebskosten des Pkw werden von der Partnerschaft bezahlt. Die Finanzierung der Anschaffungen obliegt dem jeweiligen Partner.⁹⁾

§ 6 Fremdgelder

Jeder Partner ist verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass die im Rahmen eines von ihm bearbeiteten Mandates der Partnerschaft anvertrauten Fremdgelder unverzüglich auf ein als solches gekennzeichnetes Anderkonto übertragen werden.

§ 7 Haftung

- (1) Werden in einer von einem Partner oder unter seiner verantwortlichen Leitung und Überwachung bearbeiteten Sache Schadenersatzansprüche geltend gemacht oder wird für ihn erkennbar, dass die Geltendmachung von solchen Ansprüchen zu besorgen ist, so sind unverzüglich alle übrigen Partner zu unterrichten.
- (2) Waren nur einzelne Partner mit der Bearbeitung eines Auftrags befasst und haften deshalb neben der Partnerschaft nur sie, nicht hingegen die übrigen Partner für die Folgen von beruflichen Fehlern (§ 8 Abs. 2 PartGG), dann ist jeder Regress jedes der haftenden Partner gegenüber jedem der nicht haftenden Partner, aus welchem Rechtsgrund auch immer, ausgeschlossen.¹⁰⁾ Ungeachtet dessen hat jeder der haftenden Partner gegen die Partnerschaft als solche einen Anspruch auf vollständigen Ausgleich derjenigen Leistungen, die er in Erfüllung seiner Haftung gegenüber den Gläubigern der Partnerschaft erbringt; dieser Anspruch ist nur dann aus-

8) Es empfiehlt sich, die betreffenden Inventarstücke mit dem Namen des Partners zu versehen, die sie gehören. Bei Beginn der Partnerschaft ist festzustellen, welche Gegenstände Partnerschaftsvermögen sind. Selbstverständlich ist es geboten, diese Listen fortzuschreiben.

9) Hingewiesen wird auf § 10 dieses Vertrages sowie ein Urteil des FG Nürnberg vom 08.03.1994 (EFG 1994, 1023), wonach in dem Fall, dass eine Anwaltssozietät einen Pkw bestellt und auch die Rechnung auf sie ausgestellt ist, die Sozietät die in Rechnung gestellte Umsatzsteuer dennoch nicht als Vorsteuer abziehen kann, wenn der Pkw tatsächlich einem Sozium übergeben wird und dieser entsprechend den Vereinbarungen im Sozietätsvertrag das Alleineigentum (Sonderbetriebsvermögen) an dem Pkw erwirbt. Nach diesem Urteil scheidet beim Pkw-Leasing ein Vorsteuerabzug für die Sozietät ebenfalls aus, wenn als Leasingnehmer ein Sozium aufgetreten ist.

10) Diese „Haftungskonzentration“ ist das eigentliche novum der Novelle zum PartGG vom 22.07.1998. Sie hat keine Parallele im Recht der Personengesellschaften. Ihre dogmatische Einordnung ist bisher nicht geklärt. Wegen dieser Ungewissheit muss ausgeschlossen werden, dass der infolge der gesetzlichen Haftungskonzentration allein haftende Partner bei den übrigen Partnern Regress zu nehmen berechtigt ist, denn anderenfalls besteht die Gefahr, dass der Gläubiger derartige Regressansprüche (sollten sie denn bestehen) pfändet, so dass mittelbar alle Partner in dasjenige Haftungsrisiko hineingezogen werden, das Rechtsform bedingt gerade vermieden werden soll. Die Regelung ist eine unvermeidliche Konsequenz aus der Abkehr vom Solidarhaftungsprinzip, worin die Rechtsform der Partnerschaft gegenüber der Gesellschaft bürgerlichen Rechts ihre eigentliche Rechtfertigung findet. Den Partnern sollte es daher in einem Schadenfall angeraten sein, die den einzelnen Partner allein treffende Haftung ggfs. auf freiwilliger Basis außerhalb jeder rechtlichen Verpflichtung anderweitig auszugleichen.

KONZEPT FÜR EINEN PARTNERSCHAFTSVERTRAG <- DIE EIGENE KANZLEI

geschlossen, wenn dem haftenden Partner Vorsatz oder ein besonderes Maß an grober Fahrlässigkeit zur Last zu legen ist.

- (3) Für den Fall, dass ein einzelner Partner Auftragnehmer war (§ 2 Abs. 1 Satz 2), ist die Partnerschaft als solche verpflichtet, ihn von der Haftung freizustellen.
- (4) Wird die Partnerschaft als solche aus Schäden wegen fehlerhafter Berufsausübung in Anspruch genommen, deretwegen eine ausschließliche Haftung von nur einzelnen Partnern gem. § 8 Abs. 2 PartGG in Betracht kommt, so sind Ausgleichsansprüche der Partnerschaft aus dem gesetzlichen Gesamtschuldverhältnis zwischen der Partnerschaft und diesen Partnern (§ 8 Abs. 1 PartGG) ausgeschlossen, es sei denn, dass allen oder einzelnen der nach § 8 Abs. 2 PartGG ausschließlich haftenden Partner bei der Herbeiführung des Schadens Vorsatz oder ein besonderes Maß an grober Fahrlässigkeit zur Last zu legen ist. Letzterenfalls kann die Partnerschaft vollen Ausgleich von dem oder den verantwortlichen Partner(n) verlangen. Aufwendungen der Partnerschaft aus Haftpflichtfällen sind Betriebsausgaben der Partnerschaft. Eine Nachschusspflicht der Partner besteht deswegen nicht.
- (5) Unbeschadet der vorangegangenen Bestimmungen dieses Paragraphen verpflichten sich alle Partner wechselseitig und gesamtschuldnerisch, neu eingetretene Partner von der Haftung für Verbindlichkeiten der Partnerschaft freizuhalten, die vor deren Eintritt in die Partnerschaft begründet wurden.
- (6) Partner, die im Falle des § 14 Abs. 2 Satz 1 aus der Partnerschaft ausscheiden, ohne dass die Kündigung durch einen wichtigen Grund veranlasst worden wäre, können verlangen, durch die in der Partnerschaft verbliebenen Partner von jeglicher Haftung für Schadenfälle freigestellt zu werden, die vor ihrem Ausscheiden eintraten und für die weder sie noch einen anderen Partner eine ausschließliche Verantwortlichkeit gem. Abs. (2) Satz 1 dieses Paragraphen trifft.
- (7) In jedem Falle einer gesamtschuldnerischen Haftung von Partnern für Verbindlichkeiten der Partnerschaft ist für den Ausgleich gem. § 426 Abs. 2 BGB die quotenmäßige Beteiligung eines jeden gesamtschuldnerisch haftenden Partners am Überschuss der Partnerschaft in dem Zeitpunkt maßgeblich, in dem der Schaden bei der Partnerschaft eintrat.

§ 8

Berufshaftpflichtversicherung

- (1) Die Partnerschaft schließt für jeden Partner und juristischen Mitarbeiter eine Berufshaftpflichtversicherung in gleicher Höhe ab, und zwar mit einer Mindestversicherungssumme von Euro 250.000 für jeden Versicherungsfall (§ 51a Abs. 4 BRAO). Die Höhe der Versicherungssumme soll regelmäßig darauf überprüft werden, ob sie noch ausreicht.
- (2) Jeder Partner ist verpflichtet, bei Übernahme eines Mandats das Haftpflichtrisiko zu überprüfen. Bei Übernahme von Mandaten, die nach Art oder Umfang ein erhöhtes Risiko mit sich bringen, ist dies den anderen Partnern anzuzeigen und zu prü-

DIE EIGENE KANZLEI -> KONZEPT FÜR EINEN PARTNERSCHAFTSVERTRAG

fen, ob die Versicherungsdeckung erhöht werden muss oder ob im Einzelfall eine schriftliche Vereinbarung mit dem Mandanten über eine Begrenzung der Haftung möglich und angebracht ist.

§ 9

Einnahmen

Sämtliche Einnahmen aus anwaltlicher Tätigkeit (Betriebseinnahmen) fließen der Partnerschaft zu. Anwaltliche Tätigkeit im Sinne dieses Vertrages ist auch die Tätigkeit als Schiedsrichter, Testamentsvollstrecker, Mitglied eines Aufsichtsrates oder eines Beirates. Vergütungen für Tätigkeiten als Fachschriftsteller, Dozent oder Mitglied einer Prüfungskommission stehen dem jeweiligen Partner zu.¹¹⁾

§ 10

Ausgaben

- (1) Alle Aufwendungen, die durch den Betrieb der Partnerschaft veranlasst werden, sind Betriebsausgaben der Partnerschaft (Betriebsausgaben I). Dazu zählen auch die Beiträge zu Rechtsanwaltskammer, Anwaltverein oder ähnlichen nationalen wie internationalen Organisationen und Institutionen, die Prämien für mit der Berufsausübung zusammenhängende Versicherungen einschließlich der Prämien für Versicherungen bei der Verwaltungsberufsgenossenschaft. Das gleiche gilt für Aufwendungen für die Teilnahme eines Partners an Fortbildungsveranstaltungen, Seminaren, nationalen oder internationalen Anwaltszusammenkünften einschließlich der Reise- und Hotelkosten, sowie für die Aufwendungen zur Repräsentation, soweit diese Kosten und Aufwendungen im Interesse der Partner liegen; im Zweifel entscheidet hierüber die Partnerschaftsversammlung durch Beschluss. Als gemeinsame Betriebsausgaben gelten auch die Zahlungen an Partner, Witwen und Waisen aufgrund der nach diesem Vertrag bestehenden Versorgungsansprüche.
- (2) Die Ausgaben der Partnerschaft gem. § 5 Abs. 2 (einschließlich des auf die Eigennutzung eines Pkw entfallenden Umsatzsteueranteils) sowie die in Abs. 1 genannten Ausgaben, soweit sie nicht gemeinsame Betriebsausgaben sind, sind persönliche Sonder-Betriebsausgaben des betreffenden Partners und werden als Betriebsausgaben II für den Partner gesondert erfasst.

§ 11

Verteilung des Überschusses

- (1) Der nach Abzug der Betriebsausgaben verbleibende Überschuss wird unter die Partner nach Maßgabe der jeweils unter ihnen geltenden Quotenvereinbarung verteilt, die in Ausführung dieser Vertragsbestimmung getroffen wird. Die Quote jedes Partners wird in Punkten ausgedrückt. Der Anteil jedes Partners am Ergebnis

¹¹⁾ Grundsätzlich sollten alle mit der Berufstätigkeit zusammenhängenden Einnahmen in die Partnerschaft fließen. Eine Ausnahme für die genannten Tätigkeiten rechtfertigt sich, weil sie im Interesse der Partnerschaft – oder der Anwaltschaft – liegen, regelmäßig außerhalb der normalen Arbeitszeit des Partners geleistet werden und weil die Vergütungen verhältnismäßig gering sind.

KONZEPT FÜR EINEN PARTNERSCHAFTSVERTRAG <- DIE EIGENE KANZLEI

bestimmt sich nach dem Verhältnis seiner Punktzahl zu der Summe der Punkte aller Partner. Partnern, die der Partnerschaft seit mindestens zehn Jahren angehören, soll in der Regel die Höchstpunktzahl zustehen.¹²⁾

- (2) Partner, die das 65. Lebensjahr vollendet haben und den Umfang ihrer Tätigkeit einschränken wollen, sind verpflichtet, einer entsprechenden, angemessenen Herabsetzung ihrer Punktzahl zuzustimmen.
- (3) Die Partner verpflichten sich, von dem Überschuss zunächst eine Rücklage in Höhe der durchschnittlichen Betriebsausgaben der Partnerschaft für sechs Monate¹³⁾ auf ein Sonderkonto zu überführen. Dabei soll der Anteil des einzelnen Partners an der Rücklage seinem Anteil an dem Überschuss entsprechen. In den ersten zwei Jahren seiner Zugehörigkeit zur Partnerschaft ist ein Partner nicht verpflichtet, zu der Rücklage mit mehr als 10 v. H. der monatlich an ihn ausgeschütteten Gewinnanteile beizutragen. Über die Rücklage können die Partner nur gemeinsam verfügen.
- (4) Die verbleibenden Überschussanteile gem. Abs. 1 werden unter Berücksichtigung der als Betriebsausgaben II auf die einzelnen Partner entfallenden Beträge monatlich – vierteljährlich – an die Partner voll ausbezahlt.¹⁴⁾

§ 12 Urlaub

Jeder Partner hat Anspruch auf einen Jahresurlaub von _____ Tagen, nach Vollendung des _____ Lebensjahres von _____ Tagen. Die Partner sind verpflichtet, untereinander eine Abstimmung über den Zeitpunkt des Urlaubs herbeizuführen.

- 12) Unter vielen anderen Möglichkeiten kommt eine Verteilung des Überschusses – und ggfs. des Verlustes – nach Prozentsätzen in Betracht. Eine solche Regelung sollte jedoch flexibel gehalten und in bestimmten Zeiträumen – etwa alle drei Jahre – überprüft werden. – Das Punktsystem erscheint jedoch wesentlich flexibler als die Verteilung nach Prozentsätzen. Bei der Verteilung der Punkte können besondere Gesichtspunkte berücksichtigt werden, wie Leistung, Verdienst um Aufbau der Praxis im Allgemeinen oder einer besonderen Sparte. Der Überschuss wird durch die Gesamtzahl aller Punkte geteilt. Die Änderung der Punktzahl für den einzelnen Partner wie auch die Zuteilung von Punkten an neue Partner ist einfacher als die Änderung von Prozentsätzen. Die Regelung, dass ein junger Partner regelmäßig zehn Jahre die Höchstpunktzahl erreicht und diese Punktzahl bis zu seinem Ausscheiden aus der Partnerschaft oder einer Reduzierung seiner Tätigkeit bestehen bleibt, hat erhebliche Vorteile. Sie vermeidet es, dass Schwankungen in der Leistungsfähigkeit eines Partners, aus welchen Gründen auch immer, je nach Anlass zu Änderungen der Punktzahl führen. Bei allen Regelungen sollte berücksichtigt werden, dass eine Partnerschaft nur funktionieren und florieren kann, wenn alle Partner damit einen für sich ausreichenden Lebensstandard bestreiten können und das Gefühl einer fairen Regelung haben.
- 13) Eine Rücklage in der Höhe der Betriebsausgaben für einige Monate gibt der Partnerschaft eine Sicherheit gegenüber stark schwankenden Einnahmen. Die Höhe der Rücklage kann natürlich auf die Betriebsausgaben eines kürzeren Zeitraums als sechs Monate beschränkt werden; er sollte jedoch keinesfalls auf einen kürzeren Zeitraum als die Betriebsausgaben für drei Monate begrenzt werden, um zu vermeiden, dass die Partner bei vorübergehend geringeren Einnahmen Beiträge aus den privaten Vermögen einzahlen müssen, um die laufenden Betriebsausgaben zu decken. Wird die Rücklage wegen schwankender Einnahmen oder für besondere, nicht durch die laufenden Einnahmen gedeckten Investitionen auf einstimmigen Beschluss der Partner in Anspruch genommen, so ist sie anschließend vor der Auszahlung von Überschüssen an die Partner wieder aufzufüllen.
- 14) In Anwaltsbüros werden vielfach die privaten Rechnungen und Ausgaben vom Büro bezahlt und als Entnahmen zu Lasten des Partners ohne Rücksicht auf den Kontostand verbucht. In Partnerschaften empfiehlt sich dringend, den privaten Zahlungsbereich von dem Bürobereich strikt zu trennen.

DIE EIGENE KANZLEI -> KONZEPT FÜR EINEN PARTNERSCHAFTSVERTRAG

§ 13

Erkrankung eines Partners

- (1) Jeder Partner schließt eine Berufsunfallversicherung¹⁵⁾ sowie zur Deckung des außerberuflichen Unfallrisikos eine private Unfallversicherung¹⁶⁾ ab. Jeder Partner ist außerdem gehalten, eine private Krankenversicherung abzuschließen.
- (2) Ist die Arbeitskraft eines Partners durch Krankheit, Gebrechen oder aus anderen Gründen seit länger als sechs Monaten erheblich gemindert, so können die übrigen Partner von ihm eine angemessene Herabsetzung seiner Quote verlangen. Das Verlangen bedarf einer Mehrheit von 75 % der Stimmen aller anderen Partner.

§ 14

Kündigung und Kündigungsfolgen

- (1) Jeder Partner kann seine Mitgliedschaft in der Partnerschaft schriftlich gegenüber allen anderen Partnern unter Einhaltung einer Frist von ____ Monaten auf das Ende eines jeden Kalenderjahres kündigen. Sofern er dafür einen wichtigen Grund hat, kann jeder Partner die Partnerschaft ohne Einhaltung einer Frist kündigen. Als wichtiger Grund gelten Umstände, die den Partner anderenfalls berechtigen würden, die Auflösung der Partnerschaft zu verlangen. Dementsprechend ist das Recht zur Erhebung der Auflösungsklage ausgeschlossen.¹⁷⁾
- (2) Die Mitgliedschaft eines Partners in der Partnerschaft kann von allen übrigen Partnern unter Einhaltung einer Frist von ____ Monaten auf das Ende eines jeden Kalenderjahres gekündigt werden, im Falle des Vorliegens eines wichtigen Grundes in der Person des zu kündigenden Partners auch fristlos. Gegenüber einem Partner, welcher der Partnerschaft mehr als zehn Jahre angehört und seine Mitarbeit nicht eingestellt hat, nicht berufsunfähig geworden oder auf Dauer erkrankt ist, ist die Kündigung nur zulässig, wenn ein wichtiger Grund in der Person des zu kündigenden Partners vorliegt. Sofern ein Partner nach Aufnahme in die Partnerschaft heiratet, ohne im Zusammenhang mit der Eheschließung oder binnen angemessener Frist danach eine Vereinbarung entsprechend § 1 Abs. 3 Satz 2 zu treffen, liegt in jedem Fall in seiner Person ein wichtiger Grund für die Kündigung nach den Bestimmungen dieses Absatzes vor. Die Kündigungserklärung muss in allen diesen Fällen von allen übrigen Partnern unterzeichnet werden.¹⁸⁾
- (3) Im Falle des Absatzes 1 scheidet der kündigende Partner, im Falle des Absatzes 2 der Partner, dem gekündigt worden ist, aus der Partnerschaft aus. Die Partnerschaft wird unter den verbleibenden Partnern fortgesetzt.

¹⁵⁾ Bei der Verwaltungsberufsgenossenschaft Hamburg.

¹⁶⁾ Die Prämien zur Privatunfallversicherung sollten von den Partnern aus Privatmitteln gezahlt werden, damit die Versicherungsleistungen im privaten Bereich anfallen und daher steuerfrei vereinnahmt werden können. In der Privatunfallversicherung empfiehlt es sich, das Todesrisiko und das Invaliditätsrisiko etwa im Verhältnis 1 : 3 abzuschließen. Große Partnerschaften sollten versuchen, Prämienrabatte zu erreichen. Wichtig ist es, zu bestimmen, wer im Versicherungsfall bezugsberechtigt sein soll.

¹⁷⁾ § 723 BGB gilt für die Partnerschaft nicht. § 9 Abs. 1 PartGG verweist vielmehr auf die §§ 131 ff HGB.

¹⁸⁾ Bei großen Partnerschaften kann es sich empfehlen, dass das Quorum für den Kündigungsbeschluss auf 75 % der Stimmen der Partner festgesetzt wird.

KONZEPT FÜR EINEN PARTNERSCHAFTSVERTRAG <- DIE EIGENE KANZLEI

- (4) Scheidet ein Partner infolge einer Kündigung gem. Absatz 3 dieses Paragraphen aus der Partnerschaft aus, so sind alle Partner einschließlich des Ausscheidenden verpflichtet, den ernsthaften Versuch zu unternehmen, sich darüber zu verständigen, welche der von dem ausscheidenden Partner begründeten oder allein oder gemeinsam mit anderen betreuten Mandatsverhältnisse diesem unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch die betroffenen Mandanten übertragen werden sollen. Kommt eine Verständigung darüber nicht zustande, so haben die Partner alle von dem ausscheidenden Partner begründeten oder allein oder gemeinsam mit anderen betreuten Mandanten darüber zu befragen, ob der ausscheidende Partner oder die Partnerschaft künftig die jeweiligen laufenden Sachen bearbeiten sollen. Kommt auch über die Art und Weise der Befragung oder den Kreis der zu befragenden Mandanten keine Verständigung zu Stande, so hat die Befragung in einem gemeinsamen Rundschreiben an alle diejenigen Mandanten zu erfolgen, die der ausscheidende Partner hierfür benannte und für die er im letzten Jahr vor seinem Ausscheiden tätig war. Kommt auch über ein solches Rundschreiben innerhalb von ____ Monaten seit der Kündigung keine Verständigung zu Stande und scheitert ein Vermittlungsversuch des Vorstandes der für den Sitz der Partnerschaft zuständigen Rechtsanwaltskammer, so dürfen sowohl die Partnerschaft als auch der ausscheidende Partner durch ein sachlich gehaltenes Schreiben einseitig die Entscheidung aller derjenigen Mandanten einholen, deren Mandatsbeziehung der ausscheidende Partner auf sich überzuleiten wünscht. Dasselbe Verfahren ist im Falle der Auflösung der Partnerschaft in Bezug auf alle Mandate aller Partner durchzuführen.¹⁹⁾

§ 15

Einstellung der Mitarbeit wegen Erkrankung, Berufsunfähigkeit oder Alters

- (1) Jeder Partner kann durch Erklärung gegenüber allen anderen Partnern zum Ablauf eines Kalenderjahres nach Vollendung seines 65. Lebensjahres seine Mitarbeit in der Partnerschaft einstellen (Eintritt in den Ruhestand) oder einschränken. Die Erklärung muss den anderen Partnern mindestens sechs Monate vor dem Ablauf des betreffenden Kalenderjahres zugegangen sein. Mit dem Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Partner das ____ Lebensjahr vollendet hat, tritt er ohne weiteres in den Ruhestand; eine hiervon abweichende Vereinbarung bedarf einer Mehrheit von 75 % der Stimmen aller Partner.
- (2) Wird ein tätiger Partner ganz oder überwiegend berufsunfähig, so kann sein Eintritt in den Ruhestand durch Beschluss der anderen Partner herbeigeführt werden. Das gleiche gilt, wenn dies zur Vermeidung von Nachteilen für die Partnerschaft notwendig erscheint und der Partner das 65. Lebensjahr vollendet hat. Der Beschluss bedarf der Mehrheit von 75 % der Stimmen aller anderen Partner.

¹⁹⁾ Im Falle einer Partnerschaft mit Mitgliedern anderer Berufe (z. B. Wirtschaftsprüfer, Steuerberater) sollte eine Vorschrift aufgenommen werden dahingehend, dass die Wirtschaftsprüferkammer bzw. Steuerberaterkammer und die Rechtsanwaltskammer einen Einigungsversuch herbeiführen sollen.

DIE EIGENE KANZLEI -> KONZEPT FÜR EINEN PARTNERSCHAFTSVERTRAG

- (3) Die Mitgliedschaft eines Partners in der Partnerschaft wird durch seinen Eintritt in den Ruhestand nicht berührt. Jedoch werden seine Rechte innerhalb der Partnerschaft mit folgender Maßgabe eingeschränkt:
- (a) Der in den Ruhestand getretene Partner ist an der gemeinschaftlichen Berufsausübung nicht mehr beteiligt. Er soll keine Mandatsverträge für die Partnerschaft mehr abschließen und keine ihm mit Rücksicht auf seinen Beruf angetragenen höchstpersönlichen Ämter mehr übernehmen. Von der Führung der sonstigen Geschäfte und der Vertretung der Partnerschaft bei diesen ist er gem. § 6 Abs. 2 PartGG ausgeschlossen.
 - (b) Bei Beschlüssen der Partnerschaft sind die in den Ruhestand getretenen Partner von der Ausübung des Stimmrechts ausgeschlossen. Ihre für den Fall von Änderungen des Gesellschaftsvertrages gem. § 4 Abs. 3 vorbehaltene Zustimmung ist auf Änderungen der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages über die Versorgung von in den Ruhestand getretenen Partnern und deren Angehörigen beschränkt.
 - (c) Die Rechte eines Partners gem. § 5 Abs. 2 werden durch den Eintritt in den Ruhestand nicht berührt. Mit Zustimmung von ____ aller Mitglieder der Partnerschaft können diese Rechte dem in den Ruhestand getretenen Partner jedoch ganz oder teilweise entzogen werden.²⁰⁾

§ 16

Auseinandersetzungsguthaben

- (1) Scheidet ein Partner infolge einer Kündigung oder von Gesetzes wegen (§ 9 Abs. 1 oder 3 PartGG) aus der Partnerschaft aus, so haben er oder seine Erben Anspruch auf:
- a) den auf den ausgeschiedenen Partner entfallenden Anteil am Gewinn des Jahres, in den der Stichtag des Ausscheidens fällt, und zwar bemessen auf der Grundlage des Jahresgewinns in zeitanteiliger Abgrenzung auf den Stichtag des Ausscheidens;
 - b) die Auszahlung des Guthabens auf den für den betreffenden Partner von der Partnerschaft geführten Konten;
 - c) seinen Anteil an der Rücklage (§ 11 Abs. 3);
 - d) den seiner letzten Quote entsprechenden Anteil an den ertragsteuerlichen Buchwerten des Partnerschaftsvermögens ausschließlich Forderungen; maßgeblich sind die Buchwerte am Ende des Jahres, in dem der Partner aus der Partnerschaft ausscheidet;²¹⁾

20) Die Fortdauer der Mitgliedschaft von in den Ruhestand getretenen Partnern kann zur Vermeidung nachteiliger steuerlicher Folgen für den ausscheidenden Partner und die Partnerschaft geboten sein.

21) In größeren Sozietäten wird regelmäßig auf die Vereinbarung eines besonderen Abfindungsentgelts verzichtet, nicht zuletzt deshalb, weil auch der Eintritt eines neuen Partners nicht mit irgendwelchen Leistungen für diesen eintretenden Partner verbunden ist. Dasselbe gilt für Partnerschaften. Die „Mitnahme“ von Mandanten (vgl. § 14 Abs. 4) rechtfertigt grundsätzlich den Ausschluss von einer Beteiligung am Ertragswert der Partnerschaft (BGH NJW 1995, 1551; OLG Bremen DStR 1992, 78).

KONZEPT FÜR EINEN PARTNERSCHAFTSVERTRAG <- DIE EIGENE KANZLEI

- e) den nach üblichen versicherungsmathematischen Grundsätzen zu ermittelnden anteiligen Rückstellungswert für seine nach diesem Vertrag begründete Versorgungsanwartschaft, sofern er der Partnerschaft seit mehr als zehn Jahren angehörte.
- (2) Weitere Ansprüche sind ausgeschlossen, insbesondere Ansprüche auf Beteiligung an den laufenden Mandaten und auf Befreiung von den gemeinschaftlichen Verbindlichkeiten (§ 738 Abs. 1 Satz 2 BGB). Jedoch hat der ausscheidende Partner Anspruch auf Freistellung von der Haftung für Verbindlichkeiten der Partnerschaft.

§ 17

Schiedsgericht

- (1) Über alle Meinungsverschiedenheiten, welche sich aus diesem Vertrag, insbesondere über dessen Rechtsgültigkeit, nachträgliche Unwirksamkeit, Inhalt, Auslegung und Durchführung zwischen den Partnern oder zwischen einem oder mehreren Partnern und der Partnerschaft ergeben sollten, entscheidet unter Ausschluss des ordentlichen Rechtsweges ein dreigliedriges Schiedsgericht mit dem Sitz am Sitz der Partnerschaft.
- (2) Das Schiedsgericht ist befugt, Lücken dieses Vertrages, auch solche, die sich aus einer grundlegenden Änderung der tatsächlichen und/oder rechtlichen Verhältnisse ergeben sollten, mit Wirkung für und gegen alle Partner und die Partnerschaft auszufüllen. Dabei soll das Schiedsgericht unter Zugrundelegung des im Übrigen zum Ausdruck gekommenen Willens der Partner in billiger Weise deren Interessen Rechnung tragen.
- (3) Jeder der beiden Streitteile ernennt einen Schiedsrichter; jeder Schiedsrichter muss zur Ausübung des Richteramts befähigt sein. Wenn mehrere Partner oder ein Partner und die Partnerschaft das schiedsgerichtliche Verfahren einleiten wollen und in Bezug auf den Streitgegenstand notwendige Streitgenossen im Sinne von § 62 ZPO sind, haben sie einen gemeinsamen Schiedsrichter zu ernennen, widrigenfalls keiner der von ihnen ernannten Schiedsrichter als wirksam ernannt gilt.

Betreiben einer oder mehrere Partner oder die Partnerschaft das schiedsgerichtliche Verfahren gemeinsam gegen mehrere andere Partner oder gegen einen Partner und die Partnerschaft als gemeinsame Schiedsbeklagte, so haben die mehreren gemeinsamen Schiedsbeklagten einen gemeinsamen Schiedsrichter zu ernennen, widrigenfalls keiner der von ihnen ernannten Schiedsrichter als wirksam ernannt gilt.

- (4) Im Übrigen gelten die gesetzlichen Bestimmungen über das schiedsrichterliche Verfahren (§§ 1025 ff. ZPO).

§ 18

Schlussbestimmungen

- (1) Ansprüche aus diesem Vertrag können weder abgetreten noch verpfändet noch mit einem Nießbrauch belastet werden.

DIE EIGENE KANZLEI -> KONZEPT FÜR EINEN PARTNERSCHAFTSVERTRAG

- (2) Mündliche Nebenabreden bestehen nicht. Änderungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Schriftform.
- (3) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, so bleibt der Vertrag im Übrigen wirksam. In einem solche Falle sind die Partner verpflichtet, an der Schaffung von Bestimmungen mitzuwirken, durch die ein der unwirksamen Bestimmung wirtschaftlich möglichst nahekommenes Ergebnis rechtswirksam erzielt wird.